

1951  
Vorstand des Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
21. DEZ.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/161/287 - 21. Dezember 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Quartals-Bilanz</u> Bonner Politik drei Monate nach dem 17. September Von Franz Barsig	101
2a	<u>Großwohl und Wehru</u> Ein aufschlussreiches Telegramm	47
3 - 4	<u>Herrn Wilhelm Kopf I</u> Ein grosser Mensch - ein grosser Demokrat Von Fritz Sänger, MdB	70
5 - 6	<u>Die Haushaltsreform ist dringlich</u> Bund könnte am Beispiel anderer Länder lernen Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	61
7	<u>Nervenkrieg</u> Diplomatischer Druck Moskaus auf Ostseeraum bleibt Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan	52

\* \* \*  
\* \*

Quartals-Bilanz

Von Franz Barsig

Eine große deutsche Illustrierte hat in ihrer Weihnachtsausgabe den - so kündigt sie ihn selbst an - berühmten holländischen Wahrsager und Astrologen, Jack Chandu, befragt, was das Jahr 1962 bringen wird. Im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland führt Jack Chandu aus:

- \* "Für Bundeskanzler Konrad Adenauer beginnt eine schwere Zeit.
- \* Es wird zu Spannungen zwischen ihm und seinen Mitarbeitern kommen."

Nun, man braucht weder ein Wahrsager noch ein Astrologe zu sein, um zu diesen "verblüffenden" Voraussagen zu kommen; denn die Realitäten statt der Sterne führen zu dem selben Ergebnis. Die schwere Zeit wird kommen und die Spannungen zwischen dem Kanzler und seinen Mitarbeitern werden zunehmen, das haben allein die ersten Wochen Koalitionsregierung nach den Bundestagswahlen vom 17. September 1961 hinreichend bewiesen.

Zieht man eine Bilanz der Tätigkeit der neuen Bundesregierung, dann kann es nur - um im kaufmännischen zu bleiben - eine weitere Eröffnungsbilanz sein, denn das vorhandene Geschäftskapital ist nicht vermehrt worden, im Gegenteil, man hat in den ersten Wochen bereits viel verwirtschaftet.

"Gemeinsamkeit"

Es wäre witzlos, an dieser Stelle noch einmal die theoretischen Diskussionen zu untersuchen, die den Vorwand dafür abgeben mußten, daß in einer Zeit, in der Deutsche auf Deutsche schießen, die Situation für ein All-Parteien-Kabinett noch nicht gegeben ist. Es war nach dem 17. September und es wäre auch heute noch die gegebene Regierungsform, um die Krisenlage meistern zu können, aber die Angst, vielleicht einige Minister weniger zu erhalten und die drückenden Wahlschulden haben zu einem anderen Ergebnis geführt. Bleibt die Formel übrig - und dazu haben sich sowohl die Regierung in ihrer Regierungserklärung als auch die CDU/CSU und die FDP mehrfach bekannt - in Lebensfragen der Nation - hier übernahm man eine Formulierung der SPD - ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit zu erreichen.

Die Praxis der ersten Wochen kann man nicht als zukunftsträchtig ansehen. Die wichtige Reise des Bundeskanzlers zum amerikanischen Präsidenten ist nur ungenügend gemeinsam vorbereitet worden und für die entscheidende Schwenkung, nämlich die Berlin-Frage aus dem Zusammenhang des Deutschland-Problems als Ganzem und der europäischen Sicherheitsfrage zu nehmen und isoliert zu behandeln, ist im Alleingang erfolgt. Selbst eine nachträgliche Klärung ist nicht erfolgt.

Die nicht minder wichtige Reise des Bundeskanzlers zum französischen Staatspräsidenten ist gemeinsam überhaupt nicht vorbereitet worden. Den empfindlichsten Schlag in puncto Gemeinsamkeit hat aber die Rede veretzt, die der Verteidigungsminister vor dem NATO-Rat in Paris gehalten hat, in der ein völlig neues Konzept der atomaren Bewaffnung und der Dialogierung von Mittelstreckenraketen erfolgte, obwohl wenige Tage vorher der Verteidigungsminister mit Vertretern der Opposition zusammentraf und Gelegenheit gehabt hätte, auch diese Fragen zu besprechen. Er hat geschwiegen und so von deutscher Seite wieder einmal vollendete Tat-

sachen geschaffen, ganz abgesehen davon, daß die eigenen Verbündeten dem stürmischen Drang des Verteidigungsministers offenbar nicht geneigt sind zu folgen.

Worte genügen nicht. Trotz mancher Gespräche, die gegenüber den früheren Jahren als bescheidene Verbesserung anzusehen sind, ist die Praxis alles andere als befriedigend. An der Sozialdemokratie hat es jedenfalls nicht gelegen, denn sie stand immer zur Verfügung. Sie ist aber nicht die Partei, die nach so kurzer Zeit die Flurte ins Korn wirft und resigniert. Auch im neuen Jahr wird sie das als richtig Erkannte vertreten, und vielleicht zwingen allein die äußeren Umstände die Bundesregierung zu einem anderen Verhalten. Auf jeden Fall wird immer wieder festgestellt werden müssen, an wem die Gemeinsamkeit in Lebensfragen der Nation zu scheitern droht.

#### Fehlansätze in der Innenpolitik

In der Innenpolitik kann man dieser Koalition, soweit praktische Maßnahmen in Betracht kommen, im Zeugnis nur eine Fünf geben, denn das einzige Gesetz von Bedeutung, das verabschiedet worden ist, das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz, bleibt so schlecht, wie alle seine Vorgänger. An den sozialen Ungerechtigkeiten, die man schon über drei Jahre vor sich herwälzt, hat sich nichts geändert. Das makabre Spiel um das Weihnachtsgeld für Beamte hat die Koalition nicht gefestigt. Der neue Bundesinnenminister hat guten Willen für beabsichtigte größere Gesetzesvorlagen erkennen lassen, aber ob die Vorschauflorbeeren eines Tages tatsächlich um sein Haupt gewunden werden können, bleibt noch abzuwarten. An Gesprächsbereitschaft und gutem Willen der Opposition wird es auch hier nicht fehlen.

#### Die Rolle der FDP

Die Freien Demokraten müssen das abgelaufene Vierteljahr an teuersten bezahlen. Der Vertrauensschwund in Hamburg hat deutlich gemacht, in welchen Schlingen sie sich gefangen haben, aber auch in Bonn hat sich gezeigt, daß die Blühträume nicht reifen, die das Koalitionspapier verspricht. In der Frage der Ausschufvorsitzenden sieht er im Moment nicht so aus, als wenn die CDU/CSU daran denkt, ihr Versprechen einzulösen. Die Staatssekretärfrage ist bis in das kommende Jahr vertagt und mit der außerpolitischen Mitwirkung der FDP ist es bei Gott nicht weit her.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers hat kürzlich in einer Fernsehdiskussion gesagt, daß ihn das Koalitionspapier nicht interessiere und er es auch gar nicht zu kennen wünsche. Sein Chef kennt es, aber wer die Zeichen richtig deutet, der muß sehen, daß es ihn auch nicht interessiert. Auf jeden Fall hat die FDP die ersten drei Monate mit einem Verlust ihres Gesichtes zu bezahlen gehabt, sie hat sich innerparteiliche Spannungen auf den Hals geladen und selbst die vorsichtigste Prognose muß dazu führen, daß es eines Tages in der FDP aber auch in der Koalition zu einer Zerfallsprobe kommen wird.

Der christliche Arbeitnehmerflügel hat ebenfalls beim ersten Test gezeigt, daß er zwischen Worten und Abstimmungen sehr wohl zu unterscheiden weiß. Er wird im kommenden Jahre vielfach Gelegenheit haben, unter Beweis zu stellen, ob es so bleiben soll.

Alles in allem, - es war eine ungere Zeit für diese Koalition. Ihr bleiben theoretisch noch dreidreiviertel Jahr. Aber wer wagt nach den ersten Erfahrungen zu behaupten, daß dieser Koalition überhaupt soviel Zeit zur Verfügung stehen wird?

Grotewohl und Nehru

ler. - Der indische Ministerpräsident Nehru hat durch die von ihm verfügte Besetzung der portugiesischen Kolonie Goa viele Freunde im Westen verloren, aber manche im Osten dazugewonnen. Gerade das vom Schüler Gandhis bisher so hochgehaltene Prinzip, internationale Streitfälle nicht mit Gewalt zu lösen, wurde von ihm missachtet. Die Enttäuschung über den Sündenfall des indischen Ministerpräsidenten ist jedoch nicht gleichzusetzen mit etwaiger Sympathie für Portugal, jenes Land, das in seinen afrikanischen Besitzungen einen grausamen Ausrottungskrieg gegen die Eingeborenen führt, und das sich konstant weigerte, über die Ablösung seines indischen Kolonialbesitzes mit Delhi zu verhandeln. Portugiesische Verblendung und Hartnäckigkeit und die Furcht, angesichts der gewaltigen kommunistischen Macht im Norden vielleicht als ein Schwächling zu erscheinen, der den Kampf gegen den Kolonialismus nicht ernst nimmt, mögen Nehru auf eine Bahn gedrängt haben, auf der sein Mythos eines vielbewunderten Propheten der Gewaltlosigkeit nun zerbarst.

Das ist schmerzlich für seine westlichen Freunde und Bewunderer. Umso mehr aber sind jene von seiner Vorgehen angetan, die ihm nun selbst gern nachsifern möchten. Dem Vorkämpfer gegen den Kolonialismus gilt jetzt die Anerkennung aller kommunistischen Diktatoren. Sie werden sich bei künftigen Aktionen auf ihn, den grossen Neutralisten, als Vorbild berufen. Auf dem Tisch Nehrus häufen sich die Gratulationsbriefe und Telegramme. Eines von ihnen trägt die Unterschrift des Ministerpräsidenten Mitteldeutschlands, Otto Grotewohl. Er bezeichnete den militärischen Angriff auf Goa als eine "Befreiung und Reinigung der indischen Erde vom imperialistischen Kolonialschutz" und schloss: "Ich weiss, Exzellenz, dass uns auch in der weiteren Zukunft der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus verbinden wird." Hier stockt einem der Atem. Wie, Grotewohl, willfähriger Handlanger sowjetrussischer Machtpolitik auf deutschem Boden, Wegbereiter eines Imperialismus, der die osteuropäischen Völker unter seine Botenrassigkeit gezwungen hat, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung vorenthält, empfiehlt sich als Anti-Kolonialist, als Weggenosse eines Nehru? Wie wird der indische Ministerpräsident darauf reagieren?

Grotewohl ist der Repräsentant eines Regimes, das gegen die vor ihm beherrschten 17 Millionen eine grausamere Unterdrückung ausübt als die Portugiesen in Goa es getan haben. Ungesählte Tausende deutscher Familien wurden durch die Willkürmaßnahmen des Ulbrichtstaates auseinandergerissen, Dutzende auf der Flucht erschossen, viele Hunderte in die Gefängnisse und Zuchthäuser geschickt. Kolonialismus aller schlimmster Art tobt sich heute in der Mitte Europas aus, sind jene Kräfte im Dienste einer fremden Macht wirksam, die Nehru in seinem Lande bekämpfte. Nimmt der indische Ministerpräsident Nehru das Telegramm Grotewohls Wort für Wort und sieht er im Kampf gegen den Kolonialismus einen unerlässlichen Beitrag für die Errichtung einer besseren internationalen Ordnung, dann müsste er seine Stimme auch für das Recht der unterdrückten, ihres Willens beraubten 17 Millionen Menschen Mitteldeutschlands erheben. Ist das zuviel verlangt?

Hinrich Wilhelm Kopf

Von Fritz Sänger, MdB

Ist es richtig, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist, so ist einer der großen Künstler unserer Zeit von uns gegangen. Er war ein Politiker in allen Fasern seines Wesens, einer, der wußte, daß er aus der Wolke kam, der wollte, daß er diesen Wolke nutzte und der begriffen hatte, daß Starre und Strenge, daß Rechthaben und daß selbst Macht nicht bringen, was der Politiker braucht: Erfolg! "Der Erfolg entscheidet in der Politik und nicht die Logik", war eine seiner Lehrmeinungen, die er in seinem Leben erfahren hatte. "Wer laut ist, hat unrecht", das war eine andere. Er konnte spotten und leiden.

Hinrich Wilhelm Kopf hörte es nicht ungern - wenngleich er das nie erkennen lassen wollte - wenn man ihn Landesvater nannte. Dieser schwere, kraftvoll und wahrhaftig strahlende Mann aber verstand darin nicht eine obrigkeitliche, exponierte Position, sondern eine menschliche Verpflichtung, zu sorgen, zu helfen, zu bessern und aufzubauen. In väterlicher Fürsorge wollte er mehr tun als nur Pflichten erfüllen, nur Gesetze machen und "im Grunde doch immer nur Klug daherreden", wie er es einmal niederschrieb. Er wollte sein und er war: der "erste Diener seines Staates", seines Landes Niedersachsen, das er mit seinem ganzen Wesen verkörperte. Er sah es von seiner Heimat her, vom Lande Hadeln aus, das südlich Cuxhaven an der See liegt und über dessen Wiesen und Felder unabhorlich der Wind weht und oft der Sturm heult. Dort wuchs er auf, ein Mann, der das Leben liebte und es auf seine Art zu genießen wußte, der seine Pflichten erfüllte, der seinen Sinn den Nächsten, den Menschen und der Aufgabe, zuwendete und nicht in unreaale Fernen graumte.

Er blieb, was und wo immer er war, ein Mann des Landes, und seine Politik war die der nächster und der unmittelbaren Aufgaben, die er unkompliziert löste, indem er den Vorteil hier und den Vorteil dort zu schätzen und zu nutzen wußte. Aus Hannover wurde Niedersachsen, Braunschweig und Oldenburg ihm zugehörig. Aus einem Staat der Welfen wurde ein demokratisches Land der Menschen dieser Zeit und ein Bestandteil eines neuen, unpreuischen Deutschlands. Hinrich Kopf wußte sehr genau, daß

dieser Vorgang erst in späterer Zeit seine historische Würdigung finden kann, gleichgültig, ob sie darn Lob oder Tadel aussprechen würde.

So wenig Heinrich Wilhelm Kopf sich um Formen oder Stil zu kümmern schien, so sicher war er geborgen in der Geisteswelt des Sozialismus und in den Ideen der Gerechtigkeit, der Humanität und des Dienstes für den Nächsten. Er war Sozialdemokrat, aber er war es in der Größe eines umfassenden Sinnes, der nicht Bindung, sondern Quelle war, die unaufhörlich sprudelte und ihm neue Kraft zuführte für die Werke des Tages, an denen er tätig war. Seine politischen Freunde in der Partei der Sozialdemokraten haben diesem unabhängigen Geiste manches Wort der Kritik und manches Lob der Zustimmung und der Bewunderung gezollt. Er ging seinen Weg, und es war doch unser aller Weg, die wir mit ihm in der Gesinnung und in politischen Grundsatzgedenken verbunden waren und sind.

In ungezählten guten Gesprächen hielt er willig stand, wenn Ereignisse und Maßnahmen geprüft, zu leicht oder als sehr gewichtig befunden wurden, und er war gern bereit, aus den Erscheinungen des Tages überzuwechseln zu der Frage: "...und was bleibt?" Sein reger Geist suchte und fand immer vor neuem das Maß, mit dem er die Beständigkeit des Geschehens und der Einzelheiten, die Bedeutung des Heutigen für das Morgen festzustellen bemüht blieb: "Was sind wir, wer sind wir und was gelten wir?" Die deutschen Romantiker hatten diesen so robust, ja, auch so rücksichtslos erscheinenden Mann geformt und beeinflusst, und er war einer ihrer besten Rezitatoren, der zahllose Gedichte und Sentenzen aus dem Gedächtnis hersagte und zwar in der Betonung des Menschen, der die Wahrheit der Verse durchlebt und auch durchlitten hatte. Sie wurden durch ihn wahr und blieben darum im Gedächtnis.

Wer hat ihm das zutraut? Er konnte doch laut poltern - und dachte dabei Raufe, verschmitzt, mit innerem Zwinkern. Er forderte hart und zäh und ohne Bereitschaft zur Kompromiß - und war doch längst darauf gefaßt, daß er nachgeben würde und daß man sich einigen könne und wieder ein Stück des Weges gemeinsam gehen werde. So hat er es sein Leben lang gehalten: zu wissen, zu wollen, zu kämpfen und zu begütigen und leben und leben zu lassen, in Freiheit und in Freude und in dem Glauben, es werde dies alles dazu helfen, daß die Welt sich bessert und daß die Menschen in einem schöneren Leben mehr Freiheit, mehr Frohsinn, mehr Glück, mehr Sinn füreinander gewinnen würden. Die Politik, die er im Alltag betrieb, war dazu nur ein Hilfsmittel, ein unvollkommenes, aber ein doch so begehrtes, weil er es handhaben, ja, meistern konnte - für seine geliebte Welt und ihre Menschen.

Die Haushaltsreform ist dringlich

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Keinemand in der Bundesregierung glaubt heute noch ernstlich daran, daß der Haushaltsentwurf 1962 vor Mitte Januar vom Kabinett festgestellt werden kann. Es kursieren zwar sehr viele Vermutungen über die Höhe der Haushaltssumme und der Mehrforderungen, sowie über die Größe des Haushaltsloches für 1962, das der Bundesfinanzminister zu stopfen bemüht ist, aber die bisher in der Öffentlichkeit genannten Zahlen sind wohl reine Spekulationen oder Zweckinformationen interessierter Stellen. Unter diesen Umständen können wir nur froh sein, daß wir die Bestimmung des Art. 110 des Grundgesetzes haben, die einen Defizitvorschlag verbietet.

Sicher scheint nur eines zu sein, daß der neue Bundesfinanzminister sich zur Zeit Schwierigkeiten gegenüber sieht, die er bei seiner Amtsübernahme in diesem Umfang kaum gehabt haben dürfte.

Wie soll bei dieser Sachlage die Haushaltsführung in den nächsten Monaten geregelt werden und die Verwaltung für 1963 planen, wenn der Bundeshaushaltsplan 1962 erst im Hochsommer Gesetz wird? Nach dem allgemein geltenden Terminplan für die Etatvorbereitung soll die Bundesregierung bereits vor der nächsten Sommerpause des Bundestages den Haushaltsentwurf für das darauf folgende Jahr 1963 im Parlament einbringen. Allein aus diesem Grunde wird eine Haushaltsreform dringlich.

Der jeweilige Bundesfinanzminister hat bisher in allen Wahlperioden immer wieder eine Haushaltsreform in Aussicht gestellt, die neben anderen wichtigen haushaltsrechtlichen Fragen auch die rechtzeitige Verabschiedung der Haushaltspläne sicherstellen sollte.

Ein Sprecher der FDP hat noch bei der letzten Haushaltsdebatte im Bundestag darauf hingewiesen, daß wir nach zwölf Jahren Bundesrepublik immer noch kein moderner Staat geworden seien und z.B. den Haushalt nach einer antiquierten Ordnung regeln, die zwar einmal ihre Bedeutung gehabt habe, aber der heutigen modernen Konzeption nicht mehr entspräche. Nachdem nun die FDP mit die Regierungsverantwortung trägt, besteht vielleicht die Hoffnung, daß sich ihre Vorstellungen von einer modernen Haushaltskonzeption in absehbarer Zeit in einem Reformwerk niederschlägt, zumal auch das dafür federführende Finanzressort mit einem FDP-Minister besetzt ist. Es wäre immerhin ein Fortschritt, wenn der neue Bundesfinanzminister die Initiative ergreifen und mit den Vorarbeiten beginnen würde. In der Regierungserklärung war darüber leider nichts zu hören, aber es besteht ja noch die Möglichkeit, daß sich der Bundesfinanzminister in seiner ersten Etatrede vor dem Bundestag zu dieser Frage verbindlich äußert.

Auf jeden Fall sollten schon jetzt alle Möglichkeiten einer Weiterentwicklung des Haushaltsrechts - soweit keine Verfassungsbestimmungen entgegenstehen - genutzt und insbesondere das Problem der rechtzeitigen Verabschiedung des Haushaltsplanes nicht bis zu einer Haushaltsreform zurückgestellt werden. Die in diesem Jahr wegen der Bundestagswahl und der verschleppten Regierungsbildung eingetretene besonders große Verzögerung der Haushaltsplanung und Beratung sollte Anlaß genug sein, endlich einen Mehrjahreshaushalt aufzustellen. Dies könnte z.B. in Form eines echten Zweijahresplanes für 1962/1963 geschehen, oder auch in der gleichzeitigen Beratung und Verabschiedung der Haushaltspläne 1962 und 1963. Hiermit würde durchaus kein Neuland betreten. Beispiele für eine solche Regelung haben bereits einige Länder geliefert, die anlässlich der Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr ihre Haushaltspläne für 1960 und 1961 in ähnlicher Weise aufgestellt haben. Diese Erfahrungen sollte der Bund nutzen.

+ + +



### Nervenkrieg

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster

Wenn man die Reaktion der dänischen Bevölkerung zum letzten sowjetischen Noteavorstoß kurz und fair charakterisieren soll, ist die Bezeichnung "Gleichgültigkeit" das richtige Wort in dem Sinne, daß Moskaus Nervenkrieg gegen die nordischen Länder in der bisher gebrauchten Form kaum mehr beeindruckt. Die Dänen nehmen die sowjetischen Behauptungen, daß Dänemark eine gegen Moskau aggressive Militärpolitik führt, einfach nicht an, weil der Gedanke zu grotesk ist. Zweitens stimmt es mit der Tatsache nicht überein, daß die dänische Regierung, wie Moskau es darstellt, im Jahre 1945 sich verpflichtet hätte, den Ostsee-Insel Bornholm zu "neutralisieren". 1946 war die Lage so, daß sowjetrussische Truppen Bornholm besetzt hielten, weil der dortige Befehlshaber der deutschen Okkupationstruppen sich zu spät weigerte, die Insel den Engländern zu übergeben, und weil die Engländer zu lange zögerten, Bornholm zu übernehmen. Es kam im Mai 1945 zum sowjetischen Luftbombardement der deutschen Stützpunkte, und mehr als ein Jahr hielten die Russen die Insel besetzt. Die Räumung fand schließlich statt, nachdem die derzeitige Regierung den sowjetischen Wunsch erfüllte, dänische Truppen nach Bornholm zu schicken und die Verwaltung wieder aufzunehmen "ohne fremde Mitwirkung."

Die Formulierung "ohne fremde Mitwirkung" konnte nur bedeuten, daß die Russen es nicht dulden würden, britische Befreiungstruppen die Insel zu überlassen, und diese verschlüsselte Forderung hat die dänische Regierung im eigenen Interesse auch anerkannt. Was nun das gemeinsame Ostseekommando betrifft, trifft es zu, daß Bornholm wie ganz Dänemark formell dem neu errichteten südlichen Abschnitt der NATO-Fordregion unterliegt, aber das Abkommen stellt fest, daß Bornholm und Seeland nur von dänischen Heerestruppen verteidigt werden sollen. Die dänische Regierung konnte dementsprechend auch die These Moskaus in ihrer Antwortnote sofort zurückweisen.

Bleibt nunmehr abzuwarten, was zu verstehen ist mit der Feststellung der sowjetischen Note, die Sowjetunion sehe sich in Anbetracht der neuen Lage im Ostseeraum gezwungen, geeignete Schutzmaßnahmen zur Verteidigung ihrer Sicherheit und der Sicherheit ihrer Alliierten - d.h. Polens und des Übrigen Ostes - zu unternehmen. Es gehört wahrscheinlich zur sowjetischen Methodik, eine politische und militärische Interpretation in die sprachlichen Auslegungsmöglichkeiten vom Jahre 1946 einzulegen.

Nachdem der finnische Staatspräsident Kekkonen und der norwegische Außenminister Lange schon in Moskau waren und der schwedische Außenminister Undén mit seinem Vorschlag von der Errichtung eines "Nicht-Atom-Klubs" einen gewissen Erfolg hatte, besteht die Annahme, daß Chruschtschow nunmehr daran interessiert sein könnte, auch der dänischen Außenminister Krøg als Gast zu sehen, um von ihm eine persönliche Versicherung zu bekommen, daß auch Dänemark keine bösen Pläne gegen Sowjetrußland auskügelt. Wenn es Chruschtschow beruhigen könnte, wäre eine solche Reise nicht schlecht angebracht. Die Frage ist nur, ob Chruschtschow sich auf diese oder jene Weise überzeugen läßt, daß Dänemark keinen anderen Wunsch hat als das ganze Jahr in Weihnachtsfrieden mit der Sowjetunion zu leben.

\* \* \*